

Erschwerter Berufseinstieg für Jugendliche mit Behinderungen

Kurt Häfeli¹

Der Zugang zu Arbeit und Beruf ist für Jugendliche in den letzten Jahren schwieriger geworden. Besonders gefährdet sind Jugendliche mit schulischen Schwächen, Benachteiligungen und Behinderungen. Die Schweiz kennt für diese Gruppen ein relativ differenziertes, aber wenig evaluiertes Bildungsangebot im Übergang von der Schule ins Erwerbsleben. Während der Lehrstellenknappheit der letzten Jahre wurde dieses Angebot ausgebaut, und mit erheblichen Bundesmitteln (Lehrstellenbeschluss 1 und 2) wurden innovative Pilotprojekte gefördert.

Auslöser und Auswirkungen

Die Gründe für den erschweren Berufseinstieg hängen vor allem mit demographischen, wirtschaftlichen und strukturellen Gründen zusammen (vgl. Lischer & Hollenweger 2003).

Demographie: Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen einen Anstieg der schulaustretenden Jugendlichen seit Mitte der 90er Jahre (BfS, 2004a). Eine Entlastung des Lehrstellenmarktes durch einen Rückgang der jugendlichen Bevölkerung ist erst ab 2008 zu erwarten, wobei dann aber noch der inzwischen entstandene Überhang an Lehrstellensuchenden – vor allem bei gefährdeten Jugendlichen – abgebaut werden muss.

Wirtschaftslage: Seit über zehn Jahren ist die Schweiz mit einem geringen bis stagnierenden Wirtschaftswachstum konfrontiert. Diese schwierige konjunkturelle Situation führt dazu, dass kaum neue Stellen geschaffen werden. Selbst ein leichtes Wirtschaftswachstum schlägt sich nicht unbedingt in einer verbesserten Beschäftigungssituation nieder.

Wandel der Arbeitswelt: Besonders auffällig sind die zunehmende *Bildungsintensität* des technologischen Wandels und die *Tertiärisierung* bzw. der wachsende Anteil von Dienstleistungsberufen (Sheldon, 2002). Bildungsintensität meint, dass neue Technologien die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu Lasten von Ungelernten ansteigen lassen. Die ist eine Folge der zunehmenden Automatisierung und Rationalisierung der Arbeit, welche menschliche Arbeitskraft immer entbehrlicher machen oder dazu führen, dass ganze Produktionszweige ins weniger entwickelte und billigere Ausland ausgelagert werden.

Die erwähnten Gründe wirken sich vielfältig aus:

Sinkendes Angebot an Ausbildungsplätzen: Die geschilderten Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Zahl der Ausbildungsplätze nur knapp gehalten werden konnte oder sogar leicht rückläufig ist (BfS, 2004b; Institut LINK, 2004). Durch den Wandel in der Arbeitswelt nehmen zudem gerade die Tätigkeitsfelder im niederschweligen Bereich ab, ohne dass bisher ausreichender Ersatz geschaffen worden wäre.

Zunahme bei den Zwischenlösungen: Immer weniger Jugendliche schaffen denn auch den direkten Einstieg in eine berufliche oder allgemeinbildende Ausbildung. *Ein knappes Viertel aller Jugendlichen* befindet sich nach der obligatorischen Schulzeit in einer Zwischenlösung (vgl. Meyer 2003), wobei es sich vor allem um Brückenangebote handelt (10. Schuljahr, Werkjahr, Motivationssemester u.ä.). Bei den jungen Frauen ist es knapp jede Dritte, bei den jungen Männern „nur“ jeder Sechste. Besonders

¹ Prof. Dr. Kurt Häfeli, Bereichsleiter Forschung & Entwicklung, Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, Zürich. E-mail: kurt.haefeli@hfh.ch

verbreitet sind Zwischenlösungen bei ausländischen jungen Frauen mit tieferem Schultyp in der Deutschschweiz.²

Zunahme bei Arbeitslosigkeit, Fürsorge- und IV-Bezug

Eine neue Studie zeigt, dass das Risiko der Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 24-Jährigen mit knapp 5,7% (Januar 2004) noch nie so ausgeprägt und rund doppelt so hoch war als bei der Gesamtbevölkerung (AMOS, 2004; vgl. auch Weber, 2004). Besonders betroffen sind ausländische Jugendliche mit schlechter Schulbildung. Zugenommen haben aber auch die IV- und Sozialhilfe-Bezüge bei Jugendlichen. Wie aktuelle Zahlen aus der Schweizer Sozialhilfestatistik zeigen, sind – besonders in den Städten – Jugendliche zu einer zentralen Gruppe der Fürsorge geworden. Der klassische Sozialfall ist nicht etwa alt und einsam, sondern jugendlich, männlich und ausländischer Nationalität (Städteinitiative Sozialpolitik, 2004; Drilling & Christen, 2000). So haben in der Stadt Basel im Jahre 2003 rund 10% der Jugendlichen zwischen 18 und 26 Jahren Sozialhilfegelder bezogen. Nur etwa 20% der Betroffenen können sich dauerhaft wieder von der Fürsorge ablösen.

Lösungsansätze

Innovative Pilotversuche im Rahmen des LSB2

Auf der Basis einer breit angelegten Metaevaluation im Rahmen des *Lehrstellenbeschlusses 2 (LSB2)* (Häfeli, Ruesch, Landert, Sardi & Wegener, 2004) werden im Folgenden einige Schlüsse gezogen. In die Evaluation wurden 86 Projekte mit niederschweligen Berufsbildungsangeboten einbezogen, die durch den LSB2 des Bundes in den Jahren 2000-2004 mit rund 18 Millionen Franken gefördert worden sind. Im Zentrum standen die Schaffung und Weiterentwicklung von Brückenangeboten zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung (z. B. 10. Schuljahr, Berufswahljahr, Werkjahr, Vorlehre), die Ablösung der bisherigen Anlehre durch eine zweijährige Grundbildung mit Attest sowie die Entwicklung neuer Berufsbilder oder -qualifikationen (z. B. Betriebspraktiker/in, Bauwerkrenner/in).

Verbesserte Brückenangebote

Im Rahmen des *LSB2* wurden neue Projekte entwickelt. Bei der vergleichenden Evaluation konnten eine Reihe von Aspekten identifiziert werden, welche sich als besonders „erfolgreich“ in Bezug auf die Anschlussquoten herausstellten (Häfeli et al. 2004):

- Vorgängige sorgfältige Abklärung und Zuteilung
- Ressourcenorientierung und Individualisierung zum Aufbau eines positiven Selbstwertgefühls bei den Jugendlichen
- Förderung der Selbstwahrnehmung und der Konfrontation mit den Realitäten der Arbeitsgesellschaft
- Hoher Stellenwert der praktischen Ausbildung und Nähe zur Arbeitswelt
- Engagement in der Akquisition von Ausbildungsplätzen und Vernetzung mit Ausbildungsbetrieben
- Einbezug der Familie und des sozialen Netzes
- Coaching resp. eine individualisierte Form der Begleitung während und auch nach dem Brückenangebot
- Personal mit einer hohen fachlichen Kompetenz, einer überdurchschnittlichen Verbindlichkeit und Kontinuität sowie Reflexionsfähigkeit

Bemerkenswert ist, dass viele dieser Elemente nicht erst bei Brückenangeboten, sondern bereits vorher im Rahmen des 8. oder 9. Schuljahres mit Gewinn realisiert werden könnten.

Attest: Arbeitsmarktfähigkeit und Durchlässigkeit

Die steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt ziehen eine Anpassung des Niveaus bisheriger niederschwelliger Ausbildungen nach sich. Ziel sollten bessere Arbeitsmarktchancen sowie bessere Anschlussmöglichkeiten in höherwertige Ausbildungsgänge sein. Der Weg einer solchen Anpassung wird gegenwärtig primär bei der BBT-Anlehre und deren Umwandlung in die neuen

² Ähnliche Zahlen ergeben sich aus dem jährlich durchgeführten „Lehrstellenbarometer“ (Institut LINK, 2004).

Attestausbildungen begangen. Zentrale Aspekte sind die Vereinheitlichung der Ausbildungsinhalte und Abschlüsse sowie die fachliche Begleitung und Unterstützung der Auszubildenden (Ming, 2003; Lischer, 2005). Allerdings besteht hier die Gefahr, dass durch die Anhebung des Anspruchsniveaus im niederschweligen Bereich vermehrt gefährdete Jugendliche durch alle "Maschen" der Berufsbildung fallen. Zu klären ist auch die zukünftige Rolle der IV-Anlehre.

Die mit dem neuen Berufsbildungsgesetz vorgesehene „fachkundige individuelle Begleitung“ ist ein vielversprechender Ansatz. Verschiedene LSB2-Projekte haben hier konzeptionelle und praktische Vorarbeit geleistet.

Engmaschige Auffangnetze

Im Rahmen des LSB2 zeigte sich auch, dass es notwendig ist, engmaschige Auffangnetze für Risikogruppen zu schaffen, die insbesondere folgenden Ansprüchen genügen sollten:

- der Fokus des Programms ist auf Prävention und Bewältigung gelegt,
- Integration von schulischen, arbeitsmarktspezifischen und sozialfürsorgerischen Massnahmen (Case Management) wird angestrebt,
- die Koordination der verschiedenen Interventionen erfolgt auf lokaler Ebene.

Beispiele für erfolgreiche Umsetzungen finden sich in verschiedenen Regionen der Schweiz (vgl. Häfeli et al., 2004; Roth, 2004).

Arbeits- und Ausbildungsplätze

Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebote bringen längerfristig kaum einen Nutzen, wenn nicht gezielte Anstrengungen unternommen werden, qualifizierte Ausbildungsabschlüsse zu ermöglichen und entsprechende Arbeitsplätze anzubieten. Dies dürfte für den hier untersuchten niederschweligen Bereich eine Verbundaufgabe von Wirtschaft, Bund und Kantonen darstellen. Kurzfristige Bildungs- und Arbeitsplatz-Investitionen dürften sich längerfristig durch die Einsparung sozialpolitischer Kosten auszahlen.

Gegenwärtig besteht ein Mangel an Projekten und Ansätzen, welche allfällige Barrieren für die Integration schulisch schwacher und behinderter Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt zu identifizieren versuchen oder sich mit Anreizen zur Integration dieser Jugendlichen befassen. Dazu braucht es innovative Betriebe, vor allem auch im Dienstleistungsbereich, die langfristige Arbeitsplätze auf relativ niederem Qualifikationsniveau schaffen. Benötigt werden ebenfalls Verbundlösungen zwischen geschützten Werkstätten und Betrieben der Privatwirtschaft. Es braucht aber auch Anreiz- und Unterstützungssysteme für Betriebe, damit sie diese Aufgabe wahrnehmen. Wirksam dürften ebenfalls „Rückversicherungen“ sein, welche den Betrieben bei der realistischen Rekrutierung, Selektion und anschliessenden Begleitung von gefährdeten Jugendlichen behilflich sind.

Gefordert: eine „Integrierte Übergangspolitik“

Bei vielen Projekten und Angeboten zeigt sich, dass sie zuwenig mit anderen Massnahmen vernetzt und koordiniert sind. Es wird deshalb für eine "Integrierte Übergangspolitik (ITP)" (Walther & Stauber, 2002) plädiert. Kerngedanke dieser Politik ist, dass die *Verschränkung verschiedener Übergangsprozesse* berücksichtigt werden muss. Der Übergang Schule-Beruf kann demnach nicht losgelöst von anderen Übergangsleistungen bei Jugendlichen betrachtet werden. Auf der institutionellen Ebene sollten die Massnahmen verschiedener Träger und Ämter koordiniert und auf der individuellen Ebene die verschiedenen Stellen im Sinne eines „Case Management“ vernetzt werden (vgl. zur praktischen Umsetzung Roth, 2004; Wolf, Monhart & Schucan, 2004).

Literatur

AMOSA Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug (2004). Jugendarbeitslosigkeit – Situationsanalyse 04 und Massnahmen für die Zukunft. Zürich: AMOSA.

BfS Bundesamt für Statistik (2004a). Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II: Szenarien 2003-2012. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

BfS Bundesamt für Statistik (2004b). Lehrlingsstatistik 2003. Pressemitteilung. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

- Drilling, M. & Christen, E. (2000). 18- bis 25-jährige Bezügerinnen und Bezüger von Fürsorgeleistungen. Eine empirische Studie. Basel: Basler Institut für Sozialforschung und Sozialplanung / Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel.
- Häfeli, K.; Rüesch, P.; Landert, Ch.; Sardi, M.; Wegener, R. (2004). Lehrstellenbeschluss 2: Vertiefungsstudie Niederschwellige Angebote. Bern: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), Koordinationsstelle für Weiterbildung der Universität Bern.
- Lischer, E. (2005, im Druck). Berufliche Kurzausbildungen in der Schweiz: Die neue zweijährige Grundbildung mit Berufsattest. In K. Felkendorff & E. Lischer (Hrsg.). *Barrierefreie Übergänge?* S. 114-123. Zürich: Verlag Pestalozzianum.
- Meyer, Th. (2003). Zwischenlösung – Notlösung? In: BfS Bundesamt für Statistik/Amos, J. et al. (Hrsg.). *Wege in die nachobligatorische Ausbildung: Zwischenergebnisse des Jugendlängsschnitts TREE*; S. 101-110. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Ming, P. (2003). Attestausbildung – Berufspädagogik versus Heilpädagogik. *Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik*, 9(4): 8-14.
- Institut LINK. (2004). Lehrstellenbarometer, April 2004. Bern: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT).
- Lischer, E. & Hollenweger, J. (2003). Übergang 'Ausbildung-Erwerbsleben' für Jugendliche mit Behinderungen. Expertenbefragung in deutschsprachigen Ländern – Länderbericht Schweiz. Luzern: Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH).
- Roth, R. (2004). *Jab Factory* Basel. *Unternehmerisches und Soziales verbinden*. Panorama, 6: 8-9.
- Sheldon, G. (2002). Wie der Strukturwandel die Berufslehre verändert. Panorama, 2:12-13.
- Städteinitiative Sozialpolitik (2004). *Sozialhilfe in neun Schweizer Städten – Kennzahlenvergleich 2003. Starker Anstieg der Fallzahlen in der Sozialhilfe*. Bern: Pressemitteilung zur Medienkonferenz, 13.07.
- Walther, A.; Stauber, B. et al. (Eds.) (2002). *Misleading trajectories. Integration policies for young people in Europe?* Opladen: Leske+Budrich.
- Weber, B. (2004). Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz. *Die Volkswirtschaft*, 10, 43-46.
- Wolf, M.; Mohnhart, A.; Schucan, L. (2004). Auf dem Weg zu einer integrierten Übergangspolitik. Panorama, 6, 4-5.